



Kennzahlen Kanton Basel-Stadt

Beilage 1

in Mio. Franken	2018	2019	2020	Abweichung
	Rechnung	Budget	Budget	B20/B19
<b>Erfolgsrechnung</b>				
Zweckgebundenes Betriebsergebnis	-2'709.0	-2'818.5	-2'884.7	-2.3%
Nicht zweckgebundenes Betriebsergebnis	2'943.7	2'933.3	2'874.9	-2.0%
Abschreibungen	-206.4	-204.4	-206.9	-1.2%
<b>Betriebsergebnis</b>	<b>28.2</b>	<b>-89.6</b>	<b>-216.7</b>	<b>&lt;-100.0%</b>
Finanzaufwand	-115.6	-91.8	-81.6	11.2%
Finanzertrag	370.1	298.7	304.5	1.9%
<b>Finanzergebnis</b>	<b>254.5</b>	<b>206.9</b>	<b>222.9</b>	<b>7.8%</b>
<b>Gesamtergebnis</b>	<b>282.8</b>	<b>117.2</b>	<b>6.2</b>	<b>-94.7%</b>
<b>Investitionsrechnung</b>				
Investitionsausgaben	-321.3	-319.4	-349.6	-9.5%
Investitionseinnahmen	45.0	6.7	2.6	-61.4%
<b>Nettoinvestitionen</b>	<b>-276.2</b>	<b>-312.6</b>	<b>-347.0</b>	<b>-11.0%</b>
Veränderungen Darlehen, Beteiligungen	-31.4	-20.4	-5.6	72.7%
<b>Saldo Investitionsrechnung</b>	<b>-307.6</b>	<b>-333.0</b>	<b>-352.5</b>	<b>-5.9%</b>
<b>Kennzahlen</b>				
Finanzierungssaldo	188.6	-3.2	-131.0	<-100.0%
Selbstfinanzierungsgrad	161.3%	99.0%	62.8%	-36.2 PP
Nettoschulden	-1'726.2	-1'729.4	-1'860.4	-7.6%
Nettoschuldenquote in Promille nominales BIP Schweiz	2.5‰	2.5‰	2.6‰	0.1 PP
<b>Volkswirtschaftliche Referenzgrössen</b>				
Wachstum reales Bruttoinlandprodukt Basel-Stadt	4.4%	2.2%	2.5%	
Teuerung	0.9%	1.1%	0.7%	
Zinssätze langfristig	0.0%	0.8%	0.3%	
Arbeitslosenquote Basel-Stadt	3.4%	-	-	
Bevölkerungswachstum	0.7%	0.4%	0.5%	

### **Bemerkungen**

Nachfolgend werden grössere Veränderungen in der Erfolgsrechnung gegenüber dem Budget des Vorjahres erläutert. Der Kanton Basel-Stadt unterscheidet das Betriebsergebnis in ein Zweckgebundenes Betriebsergebnis, ein Nichtzweckgebundenes Betriebsergebnis und Abschreibungen auf Grossinvestitionen und grossen Investitionsbeiträgen im Verwaltungsvermögen. Für die Departemente und Dienststellen ist vor allem das Zweckgebundene Betriebsergebnis relevant, da es die eigentliche Budgetvorgabe darstellt. Im Nichtzweckgebundenen Betriebsergebnis sind z.B. allgemeine Steuererträge und Transferleistungen vom und an den Bund enthalten.

Das **Zweckgebundene Betriebsergebnis** verschlechtert sich gegenüber dem Budget des Vorjahres um 66.1 Mio. Franken. Dies ist vor allem auf die folgenden positiven und negativen Faktoren zurückzuführen:

### **Entlastungen:**

- Der für die Jahre 2016 bis 2019 jährlich geleistete Beitrag von 20.0 Mio. Franken an den Kanton Basel-Landschaft zur Stärkung der Partnerschaft BL/BS fällt ab dem Jahr 2020 weg. Davon wurde dem Kanton Basel-Landschaft über einen Mietzinserslass der Liegenschaften im Besitz des Verwaltungsvermögens eine Entlastung von jährlich 5.0 Mio. Franken gewährt (2016 bis 2019). Dieser Mietzinserslass von 5.0 Mio. Franken p.a. wird für die Jahre 2020 und 2021 weitergeführt (vgl. Ratschlag "Leistungsauftrag und Globalbudget 2018-2021 für die Universität Basel"), die Entlastung des Kantons im Jahr 2020 beträgt somit 15 Mio. Franken.
- Der Globalbeitrag an die Universität Basel reduziert sich gemäss dem vom Grossen Rat beschlossenen Ratschlag „Leistungsauftrag und Globalbeitrag 2018-2021 für die Universität Basel“ im Vergleich zum Vorjahresbudget um 8.7 Mio. Franken.
- Die Eröffnung des Erweiterungsbaus des Gefängnisses Bässlergut führt zu höheren Kostgeldern von rund 2.1 Mio. Franken im Vergleich zum Vorjahr.

### **Belastungen:**

- Ab dem Jahr 2020 werden die Aufwendungen und Erträge der Kantonalen Inkassostelle im NZBE ausgewiesen (Budget 2019: 13 Mio. Fr. netto). Weil der mit Abstand grösste Teil der Erträge der Kantonalen Inkassostelle aus dem Bereich Steuern stammt, werden diese in den Buchungskreis 4140 (NZBE Steuern) verschoben. In diesem Buchungskreis werden sämtliche Steuererträge verbucht.
- Für den Teuerungsausgleich beim Personal ist jeweils der Stand November des Vorjahres des Basler Index der Konsumentenpreise massgebend. Es wird mit einer Teuerung von 0.7% gerechnet. Für den Teuerungsausgleich auf den Personalkosten werden rund 9.0 Mio. Franken budgetiert.
- Die Ausgaben bei den Prämienverbilligungen steigen um rund 6.0 Mio. Franken im Vergleich zum Budget 2019. Dies ist insbesondere auf die zum Zeitpunkt der Budgetierung erwarteten höheren durchschnittlichen Krankenkassenprämien sowie die höheren Fallzahlen zurückzuführen.
- Im Rahmen der Digitalisierung führen das sich schnell wandelnde Umfeld, neue Richtlinien und kantonale Grossprojekte zu Personal-, Sach- und Betriebsmehrkosten von rund 5.7 Mio. Franken bei den Zentralen Informatikdiensten.
- Die Einnahmen aus dem Mehrwertabgabefonds fallen entsprechend der Bautätigkeit an und sind bei Baubeginn fällig. Im Vergleich zum Vorjahresbudget werden rund 4.5 Mio. Franken tiefere Einnahmen beim Mehrwertabgabefonds erwartet.

- Die steigende Anzahl von Schüler und Schülerinnen führt im Vergleich zum Vorjahr zu Mehraufwendungen in Höhe von 3.6 Mio. Franken.
- Die um 3.2 Mio. Franken höheren Aufwendungen bei der Behindertenhilfe gegenüber dem Vorjahresbudget werden rund zur Hälfte durch allgemeine Kostensteigerungen verursacht. Hinzu kommt ein strukturbedingter Effekt als Folge der Umstellung auf Normkosten bei den Behindertenheimen des ASB.
- Um die Lärm-Grenzwerte zum Schutz der Bevölkerung auch in Zukunft einhalten zu können, wird ein neues Programm zur Förderung des Einbaus von Schallschutzfenstern in Gebäuden an lärmbelasteten Strassen lanciert (3.0 Mio. Fr.).
- Bei den Aufwendungen für die stationären Behandlungen gemäss KVG wird mit einer Erhöhung von rund 3.0 Mio. Franken im Vergleich zum Budget 2019 gerechnet. Der Mehrbedarf beträgt rund 1% und geht auf die erwartete Mengensteigerung bei der Spitalfinanzierung zurück.
- Für den Betrieb des Erweiterungsbaus des Gefängnisses Bässlergut fallen Mehrkosten von rund 2.7 Mio. Franken im Vergleich zum Budget 2019 an.
- Der Anstieg der Kosten bei den Ergänzungsleistungen um 2.6 Mio. Franken im Vergleich zum Vorjahr ist v.a. auf die erwartete Zunahme der Bezüger und Bezügerinnen zurückzuführen.
- Der Personalaufwand des Erziehungsdepartements erhöht sich um 2.6 Mio. Franken unter anderem aufgrund des neuen obligatorischen Fachs Informatik bei den Mittelschulen (0.8 Mio. Fr.), der Digitalisierungsoffensive bei den Schulen (0.7 Mio. Fr.) und gestiegenen Liegenschaftsunterhaltskosten (0.5 Mio. Fr.).
- Das Budget für die Stellvertretungskosten beim Erziehungsdepartement infolge Krankheit, Unfall, Mutterschaft etc. musste v.a. bei den Volksschulen aufgrund der Kostenentwicklung in den Vorjahren um insgesamt 2.3 Mio. Franken erhöht werden.
- Der Ausbau der Tagesbetreuung führt zu Mehrkosten von 2.0 Mio. Franken im Vergleich zum Budget 2019.
- Die übrigen Abschreibungen der BVB auf Anlagen, die nicht zur Bahninfrastruktur gehören (insbesondere IT-Investitionen, Hauptuntersuchung und Revision Combino), erhöhen sich um rund 2.0 Mio. Franken im Vergleich zum Vorjahresbudget.
- Die Pendenzenlast der Staatsanwaltschaft nimmt seit mehreren Jahren stark zu. Ohne eine substanzielle Aufstockung der personellen Ressourcen können die gesetzlichen Vorgaben nicht rechtsgenügend erfüllt werden. Aus diesem Grund soll der Personalbestand um 11 Stellen erhöht werden. Dies führt zu einem Anstieg der Personalkosten von rund 1.9 Mio. Franken im Vergleich zum Vorjahr.
- Unvorhergesehene archäologische Funde bei Bauarbeiten an der Inzlingerstr. 51 in Riehen machen gesetzlich vorgeschriebene Rettungsgrabungen notwendig (1.8 Mio. Fr.).
- Der Ausbau des Tagesstrukturangebots bei den Volksschulen führt zu einem Mehraufwand von 1.8 Mio. Franken im Vergleich zum Vorjahresbudget.
- Das Personal der Steuerverwaltung wird aufgrund des Basler Steuerkompromisses, des Automatischen Informations-Austauschs sowie einem Ausbau der Informatik und Digitalisierung erhöht. Im Vergleich zum Vorjahr führt dies zu einem Anstieg der Personalkosten von rund 1.7 Mio. Franken.
- Am 1. Juli 2019 wurde in der Sozialhilfe der Grundbedarf der Teuerung von 1.1% angepasst und die Mietzinsgrenzwerte erhöht (3.7 Mio. Fr.). Aufgrund des tieferen Fallzahlenbestandes in der Allgemeinen Sozialhilfe reduzieren sich die Unterstützungskosten um 3.9 Mio. Franken. In der Migration wirkt sich der höhere Fallzahlenbestand mit zusätzlichen Kosten von 1.8 Mio. Franken aus. Insgesamt erhöhen

sich die Ausgaben für die Sozialhilfe um 1.6 Mio. Franken im Vergleich zum Vorjahresbudget.

- Für neue Massnahmen im Umgang mit Entwicklungsverzögerungen (Umsetzung Motion Wenk) sind Mehrmittel von 0.9 Mio. Franken notwendig. Weiter werden Asylsuchende im schulpflichtigen Alter, die in einem Zentrum des Bundes untergebracht sind, neu durch den Kanton geschult (0.6 Mio. Fr.).
- Die erwartete Kostenzunahme von 1.4 Mio. Franken für Familienmietzinsbeiträge ist in erster Linie auf die höheren Bezügerzahlen zurückzuführen.
- Mit dem neuen BVB-Organisationsgesetz werden seit Mitte 2016 Investitionen in die Bahninfrastruktur nicht mehr über die Investitionsrechnung à fonds perdu finanziert, sondern über rückzahlbare und verzinsliche Darlehen des Kantons an die BVB. Die daraus folgenden Abschreibungen und Zinsen fallen um rund 1.3 Mio. Franken höher aus als im Vorjahr.
- Für die Digitalisierung der Volksschulen ist das Budget des Erziehungsdepartements um rund 1.3 Mio. Franken zu erhöhen.
- Die höheren effektiven Preisansätze für Strom (Marktpreis), Netzkosten und Abgaben (Monopol) sowie für den Betriebsstoff Diesel führen zu Mehrkosten für Energie in Höhe von 1.2 Mio. Franken im Vergleich zum Vorjahresbudget beim Bau- und Verkehrsdepartement.
- Für die neue Leistungsperiode 2020-2024 soll der Basler Personenschiffahrt AG (BPG) der Betriebsbeitrag um 1.0 Mio. Franken erhöht werden. Ziel dieser Erhöhung ist die stufenweise Verstärkung des Eigenkapitals der BPG über die Dauer der nächsten Leistungsperiode, damit die BPG anstehende Investitionen u.a. in der Nautik oder auch in die Informatik aus eigener Kraft finanzieren kann.
- Aufgrund der stetig steigenden Technisierung der Gebäude steigt der Unterhalt der Liegenschaften im Verwaltungsvermögen im Jahresvergleich um 1.0 Mio. Franken an.

Das **Nichtzweckgebundene Betriebsergebnis** verschlechtert sich gegenüber dem Vorjahresbudget um 58.4 Mio. Franken. Dabei sind folgende Faktoren erwähnenswert:

#### **Entlastungen:**

- Beim Anteil an der Direkten Bundessteuer ergeben sich Mehreinnahmen von 43.7 Mio. Franken. Dies ist insbesondere auf die Erhöhung des Kantonsanteils von 17.0 auf 21.2% im Rahmen der AHV-Steuervorlage zurückzuführen (60.0 Mio. Fr.). Aufgrund der Erfahrungszahlen der letzten beiden Jahre wird das Budget jedoch um 16.3 Mio. Franken nach unten angepasst.
- Bei den Steuern der natürlichen Personen wird aufgrund der Wirtschafts- und Bevölkerungsentwicklung insgesamt mit einem Anstieg von 33.6 Mio. Franken gerechnet. In den Berechnungen berücksichtigt ist die Senkung der Einkommenssteuern im Rahmen des Basler Steuerkompromisses um 23.0 Mio. Franken.
- Die Reform des Nationalen Finanzausgleichs NFA tritt per 1. Januar 2020 in Kraft. Diese Systemanpassung und ein leichter Rückgang des Ressourcenindex von Basel-Stadt führen zu einer finanziellen Entlastung im Jahr 2020 von 16.2 Mio. Franken für den Kanton Basel-Stadt.
- Ab dem Jahr 2020 werden die Aufwendungen und Erträge von netto 10.6 Mio. Franken der Kantonalen Inkassostelle im NZBE ausgewiesen. Im Vergleich zum Budget 2019 wird mit höheren Debitorenverlusten auf Gebühren von 2.4 Mio. Franken gerechnet.

- Da die Grundsteuer an die Gewinn- und die Kapitalsteuer angerechnet wird, führen die sinkenden Gewinn- und Kapitalsteuern zu höheren Grundsteuern in Höhe von 9.7 Mio. Franken im Vergleich zum Vorjahrsbudget.
- Der Anteil an der eidgenössischen Verrechnungssteuer sollte um rund 1.6 Mio. Franken höher ausfallen als im Vorjahr.

**Belastungen:**

- Die Steuererträge der juristischen Personen werden im Vergleich zum Vorjahr um 175.5 Mio. Franken tiefer erwartet. Dieser Rückgang ist auf die Effekte des Basler Steuerkompromisses zurückzuführen (Gewinnsteuern -130.0 Mio. Fr., Kapitalsteuern - 40.0 Mio. Fr.).
- Die Wertberichtigungen auf Forderungen der Steuerverwaltung werden um 2.8 Mio. Franken höher erwartet.

Die **Abschreibungen** auf Grossinvestitionen und grossen Investitionsbeiträgen im Verwaltungsvermögen werden im Vergleich zum Vorjahresbudget um rund 2.5 Mio. Franken ansteigen. Dies ist auf die hohe Investitionstätigkeit in den vergangenen Jahren zurückzuführen.

Das **Finanzergebnis** fällt im Vergleich zum letztjährigen Budget um 16.0 Mio. Franken besser aus.

**Entlastungen:**

- Beim Zinsaufwand für die Finanzmarktschulden wird mit einem Rückgang in Höhe von 20.0 Mio. Franken gerechnet. Es laufen Anleihen aus, die vor dem aktuellen Tiefzinsumfeld abgeschlossen wurden. Die Refinanzierung kann somit zu tieferen Zinssätzen erfolgen.
- Die Erträge der Liegenschaften des Finanzvermögens werden um rund 7.2 Mio. Franken höher erwartet. Dies ist insbesondere auf die Akquisition des Syngentaareals und der Geschäftsliegenschaft an der Uferstrasse aber auch auf neu abgeschlossene Baurechtsverträge zurückzuführen.

**Belastungen:**

- Aufgrund von deutlich ansteigenden werterhaltenden Massnahmen vorwiegend auf den Entwicklungsarealen Lysbüchel und Rosenthal, sowie steigenden Leerstandskosten auf den Transformationsarealen fällt der Liegenschaftenaufwand des Finanzvermögens um rund 9.1 Mio. Franken höher aus als im Vorjahr.